

Die Zukunft von Europa gemeinsam gestalten

von Oliver Strank



Frieden sichern, Zusammenhalt stärken und Klima schützen in einem sozialen Europa.

Zukunft gestalten in einem starken und sozialen Europa für alle

Frankfurt liegt im Herzen von Europa. Europas Schicksal ist auch unser Schicksal. Wir wollen ein starkes Europa für alle. Sprachlosigkeit angesichts der Herausforderungen und die Visionslosigkeit einer reinen Sparpolitik sind keine Antworten auf die Zukunftsfragen Europas. Wir brauchen ein starkes Europa, um die Zukunft zu gestalten: Den Klimawandel bekämpfen, Digitalisierung und wirtschaftlichen Fortschritt so entfalten, dass alle Menschen profitieren, in einer aus den Fugen geratenen Welt den Frieden in einem vereinten Europa sichern und eine Flüchtlingspolitik meistern, die Europas Werten der Freiheit und Humanität gerecht wird. Dafür brauchen wir ein Europa, das zusammenhält.

Mehr Zusammenhalt in Europa – nach innen und nach außen

Unser Europa ist in Gefahr, von innen und von außen. Wir sehen alle fast täglich die Fliehkräfte, die den europäischen Zusammenhalt bedrohen: Von innen stellen sich Populisten, Rechte und neue Nationalisten frontal gegen den europäischen Einigungsgedanken, wollen

Europa schwächen und damit das Rad der Geschichte zurückdrehen. Wir werden das nicht zulassen. Es gilt, das alte soziale Versprechen Europas einzulösen, worauf die Menschen schon so lange warten. Deshalb wollen wir auch in Europa adäquate Mindestlöhne und mehr Steuergerechtigkeit durchsetzen. Wenn das kleine Café an der Ecke ein Vielfaches mehr an Steuern zahlt als eine große Starbucks-Filiale, dann stimmt etwas nicht im System. Zugleich fehlen den Mitgliedstaaten zu oft die Mittel für bessere Schulen oder im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit, für funktionierende Sozialsysteme oder eine moderne, den Bedürfnissen der Menschen angemessene öffentliche Infrastruktur. All das kostet Geld. All das soll durch die Allgemeinheit finanziert werden. Deshalb darf sich niemand durch Trickereien, Schlupflöcher oder Straftaten seiner Verantwortung entziehen. Wer Milliarden erträgt, muss endlich angemessen besteuert werden und seinen Teil für die Gesellschaft leisten. Das gilt für alle, auch für digitale Großkonzerne.

Frieden sichern durch eine gemeinsame europäische Außenpolitik

Von außen wird Europa verunsichert durch Russlands sporadische Angriffe auf Völkerrecht und Staatensouveränität, die egoistische Politik des „America First“ genauso wie die aggressive wirtschaftliche Expansion Chinas. Europa darf nicht zum Spielball anderer werden, es muss sein Schicksal stärker selbst in die Hand nehmen. Europa braucht endlich eine gemeinsame parlamentarisch kontrollierte europäische Armee. Das Einstimmigkeitsprinzip bei außenpolitischen Entscheidungen muss abgeschafft werden, damit sich unsere Mitgliedsstaaten nicht mehr gegeneinander ausspielen lassen und Europa sich nicht mehr nach außen lähmt.

Wir brauchen eine Reform des Dublin-Systems, die Kriegsflüchtlinge schützt, das Recht auf Asyl vollumfänglich gewährt und die Verteilung ankommender Menschen (relocation) regelt.

Klimawandel bekämpfen und Energiewende vorantreiben

Wir müssen unserer Verantwortung gegenüber heutigen und künftigen Generationen gerecht werden. Die „Fridays for Future“-Demonstrantinnen und Demonstranten fühlen sich zu Recht durch die aktuelle Politik ihrer Zukunft beraubt. Unmissverständlich hat der Hitzesommer 2018 gezeigt, dass der Klimawandel real ist. Er findet auch bei uns statt, nicht nur woanders. Wir sind die einzige Generation, die die Folgen des Klimawandels noch eindämmen kann. Gemeinsam müssen wir diese letzte Chance für die Welt und Europa nutzen. Deshalb muss umgehend der Ausstoß von klimaverändernden Schadstoffen drastisch reduziert werden, auch durch eine europaweite CO₂-Steuer. Die europäischen Kommunen müssen dabei unterstützt werden, urbane und saubere Mobilitätskonzepte zu fördern und die überfällige Verkehrswende voranzutreiben. Wir haben beim Klimaschutz längst keine Zeit mehr für Worthülsen, es müssen endlich Taten folgen.

Europa ist eine grandiose Idee. Wir müssen sie verteidigen, erneuern und weiterentwickeln, damit ein Europa entsteht, in dem alle Menschen ein gutes Leben und eine hoffnungsvolle Zukunft haben können.



Bildquelle: colourbox

Kostenloser Eintritt in die Schwimmbäder für Kinder

von Jan Klingelhöfer und Roger Podstatny



Seit dem 01. Februar 2019 können Kinder unter 15 Jahren kostenlos in unsere Frankfurter Schwimmbäder gehen. Dies ist ein großer Erfolg für die SPD Fraktion in den letzten Haushaltsberatungen gewesen. Wir sind glücklich, mit dieser Maßnahme vor allem die Familien in Frankfurt und Umgebung zu unterstützen, die nicht so eben mal 20 Euro für einen gemeinsamen Schwimmbadbesuch haben. Kinder unserer Stadt haben jetzt eine Ferienalternative mehr, wenn das Urlaubsbudget mal wieder nicht zu einer Reise ans Meer gereicht hat.

Frankfurt ist eine Stadt mit hohen Lebenshaltungskosten, deshalb gehört für uns der Schwimmbadbesuch zur Daseinsvorsorge und wir müssen allen Frankfurterinnen und Frankfurtern den Eintritt ermöglichen. Ein zweiter Aspekt ist, dass über 50 % der Kinder leider nicht ausreichend schwimmen können. Hierzu haben wir mit einem Haushaltsantrag durchgesetzt, dass 2019 40.000 Euro an das Projekt „Schulkids in Bewegung“ des Sportkreises Frankfurt gehen, um die Schwimmfähigkeit unserer Schulkinder zu verbessern. Dazu wird es eine Studie geben, die Stadtteil-genau untersucht, wo es in Frankfurt noch Bedarf an zusätzlichem Schwimmunterricht gibt. Wir brauchen gute Konzepte, um das Schwimmen in den Vereinen und Schulen zu stärken. Deshalb kommt mit uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch keine Schließung eines Schwimmbades oder einer Schulschwimmhalle in Frage!

Digitalisierung - Chance und Herausforderung zugleich

von Anna Pause



Den Digitalen Wandel sozial gerecht und umweltverträglich zu gestalten, ist unsere Aufgabe.

Digitalisierung und Arbeit 4.0

Der Digitale Wandel bringt enorme Änderungen in nur kurzer Zeit mit sich. Er wirkt dabei in beinahe alle Lebensbereiche hinein. Rasant haben sich unsere Kommunikation, die Wirtschaft und die Arbeit entwickelt. Die neuen Technologien sind aus fast keinem Beruf mehr wegzudenken. Vielfältige Arbeitszeitmodelle sind entstanden und können die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern.

Mit der Digitalen Revolution steigt jedoch der Druck auf die Beschäftigten und Kleinunternehmen, sie verlangt Flexibilität und eine ständige Weiterbildung. Ganze Berufsgruppen fallen weg, neue Tätigkeiten entstehen. Deswegen müssen konkrete betriebliche sowie staatlich geförderte Weiterbildungsmaßnahmen etabliert werden.

Wir stehen vor großen Herausforderungen: Der Schaffung einer digitalen Bildung, dem Netzausbau, der Verbesserung der Cybersicherheit sowie Deutschland Innovationsfreundlicher zu gestalten, um in der globalisierten Welt zu bestehen. Wir müssen beweisen, dass die SPD nicht nur die richtigen Antworten kennt, sondern sie zügig umzusetzen weiß.

Digitalisierung und Umwelt

Die technischen Fortschritte erleichtern uns den Alltag, doch nur allzu gern vergessen wir dank Innovationsbegeisterung die Schattensei-

ten. Die Wegwerfmentalität trotz begrenzter Ressourcen ist im Trend. Mit der Digitalisierung geht zudem ein steigender Stromverbrauch einher. Jede Suchanfrage, das Videostreamen der Lieblingsserie und die Produktion der neuen Geräte verbraucht Energie - auch wenn sie nicht auf unserer heimischen Stromabrechnung steht. Hier müssen passende politische Regelungen geschaffen werden und parallel mehr in den Naturschutz investiert werden.

Dabei bietet die Digitalisierung zugleich Chancen zur Lösung einiger Umweltprobleme. Bewusst eingesetzt hilft sie uns bei der Energie- und Ressourceneinsparung.

Digitalisierung und Kommunalpolitik

Der Digitale Wandel eröffnet neue Möglichkeiten für die Großstadt: Die Mobilität wird intelligent und umweltfreundlicher durch autonome Fahrzeuge und Elektromobilität (etwa durch E-Scooter). Die Energieeffizienz kann durch Monitoring und Steuerungseinheiten verbessert werden. Die Kommunalpolitik muss die Zukunft der Smart Cities in ihre Planungen einbeziehen.

Nur gemeinsam können wir die Digitalisierung gestalten und uns dabei gleichzeitig für die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards einsetzen. Das ist sozialdemokratische Politik!

Impressum

Die Zeitung „Die Linke Mitte“ des Freundeskreises erscheint nach Bedarf. Abdruck - auch auszugsweise - nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die redaktionellen Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Herausgeber, Verantwortlich für den Inhalt:

Freundeskreis, c/o. Roger Podstatny, Karl-Blum-Allee 14, 65929 Frankfurt

Redaktion: Roger Podstatny, Ursula Busch, Anna Pause

Layout: Anna Pause

Autoren: Mitglieder des Freundeskreises

Gedruckt durch Eigenvervielfältigung



Der Freundeskreis empfiehlt die Unterstützung folgender Kandidatinnen und Kandidaten:



Vorsitzender

Mike Josef

Stellvertretender Vorsitzender

Oliver Strank

Schatzmeister

Roger Podstatny

Beisitzerinnen und Beisitzer

Gregor Amann

Ursula Busch

Bilal Can

Abdenassar Gannoukh

Susanne Kassold

Anna Pause

Armand Zorn

Antragsprüfungskommission

Gregor Amann

Ursula Busch

Bilal Can

Abdenassar Gannoukh

Susanne Kassold

Jan Klingelhöfer

Klaus Oesterling

Anna Pause

Sieghard Pawlik

Roger Podstatny

Birgit Puttendörfer

Hubert Schmitt

Herbert Stelz

Oliver Strank

Armand Zorn

Präsidium

Ursula Busch

Oliver Strank

Revisoren

Eugen Emmerling

Delegierte Bezirks- und Landesparteitag

Ursula Busch

Eugen Emmerling

Abdenassar Gannoukh

Susanne Kassold

Marlis von der Malsburg

Stefan Marx

Anna Pause

Sieghard Pawlik

Roger Podstatny

Petra Scharf

Hubert Schmitt

Oliver Strank

Armand Zorn

Delegierte Bundesparteitag

Mike Josef

Oliver Strank

Armand Zorn

Bezirksbeirat

Roger Podstatny

Birgit Puttendörfer

Oliver Strank

Armand Zorn

